Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2024/0051(NLE)

3.2.2025

ÄNDERUNGSANTRAG 1

Entwurf einer Empfehlung
Nikola Minchev
(PE767.911v01-00)

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über die Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdatensätzen

Entwurf eines Beschlusses
(08897/2024 – C10-0125/2024 – 2024/0051(NLE))

AM_Com_LegConsent

Änderungsantrag 1
Özlem Demirel

Entwurf einer legislativen Entschließung
Absatz 1

Entwurf einer legislativen Entschließung	*Änderungsantrag*
1. ***gibt*** seine Zustimmung zu dem Abschluss des Abkommens;	1. ***verweigert*** seine Zustimmung zu dem Abschluss des Abkommens;

Or. en

Begründung

Der neue Entwurf des PNR-Abkommens zwischen der EU und Kanada, wie er von der Kommission ausgehandelt wurde, steht nicht im Einklang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, mit dem bereits im Jahr 2019 das PNR-Abkommen der EU mit Kanada für ungültig erklärt wurde. Insbesondere wenn der neue Entwurf des Abkommens anhand der in den EU-Datenschutzvorschriften festgelegten Standards beurteilt wird, erfüllt er in mehreren wesentlichen Bereichen nicht die Anforderungen. Der breite Anwendungsbereich des Abkommens in Bezug auf die Datenerhebung, lange Speicherfristen (in einigen Fällen immer noch fünf Jahre), eingeschränkte Transparenz und unzureichende Garantien für internationale Datenübermittlungen geben aus datenschutzrechtlicher Sicht Anlass zu erheblichen Bedenken. Um den EU-Datenschutzvorschriften vollumfänglich zu genügen, müssten im Abkommen strengere Beschränkungen für die Erhebung und Speicherung von Daten vorgesehen, die Transparenz und die Rechte des Einzelnen verstärkt sowie wirksame Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen gewährleistet werden. Darüber hinaus hatte die Kommission den EDSB trotz dieser Risiken und Bedenken nicht um Stellungnahme gebeten und den Entwurf erst dann gegenüber dem Parlament offengelegt, als die Verhandlungen abgeschlossen waren, was einen eindeutigen Mangel an Transparenz belegt.